

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 10 Mark, monatlich 0 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 0 Pfennig. Nach auswärts Postzusatz.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofstr. 5 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die Tages-Expeditoren Postkarte 0 Pfennig, die Restausgabe 10 Pfennig.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe  
Sprechsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5



für ehem. Hofsagdreivier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend  
Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationstraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Nr. 123. | Volkes-Rantor: Berlin 68 448. | Donnerstag, den 20. Oktober 1921. | Volkes-Rantor: Berlin 68 448. | 20. Jahrg.

### Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

1 Paket mit Spigen, 1 Bündchen Stehstragen als gefunden gemeldet, 1 Hund zugelaufen, 1 silberne Armbanduhr verloren, 1 lebzener Pferdestrang mit Haken gefunden.  
Die Hausbesitzer und Grundstücksbesitzer fordere ich hierdurch auf, das vor ihren Grundstücken liegende abgefallene Laub unverzüglich zu entfernen, außerdem aber so oft, als es die Erhaltung der Reinlichkeit erfordert, da sonst bei einsetzender Kälte die Sicherheit der Fußgänger dadurch gefährdet wird. Sämtliche haben Befragung zu gewärtigen.  
Birkenwerder, den 19. Oktober 1921.  
Der Amtsvorsteher. Jung.

### Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Megestelle für ein einjähriges Kind gegen ein monatliches Pflegegeld von 150 Mk. gesucht. Näheres im Zimmer 5 der Rathhaus.  
Birkenwerder, den 19. Oktober 1921.  
Der Gemeindevorsteher. R. u. n.

### Der Amtsvorsteher Schönfließ.

Ein Sack mit Kartoffeln als gefunden gemeldet. Ein schwarze Lederhandschuh mit Inhalt verloren. Wiederbringer erhält 100 Mk. Belohnung.  
Bergfelde, den 19. Oktober 1921.  
Der Amtsvorsteher. J. B. Liep.

### Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Abgabe der Steuermarken.  
Alle für die Zeit bis 31. März 1921 gefällten Steuermarken sind bei der hiesigen Gemeindesteuereasse abzugeben.  
Borgsdorf, den 19. Oktober 1921.  
Der Gemeindevorsteher. Koderwald.

### Eine neue Abstimmung?

Der internationale Ruf nach Gerechtigkeit.  
Obwohl nach der offiziellen Annahme der Genfer Beschlüsse durch die englische Regierung kaum noch Aussicht besteht, daß die Entscheidung über Oberschlesien einer gerechten und vernünftigen Nachprüfung unterzogen wird, erheben sich doch aus den verschiedensten Lagern laute Stimmen, die mit der Forderung auftreten, daß die Genfer Grenzfestsetzung nicht das letzte Wort sein darf, welches über das Industriegebiet gesprochen wird. Ein englisches Blatt veröffentlichte jetzt ein Schreiben, in dem mehrere hervorragende Teilnehmer an der internationalen Wirtschaftskonferenz verkünden, die Völkervereinigung in der ober-schlesischen Frage sei ein neuer, vielleicht der schwerste Schlag für den Frieden und die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas. Niemand werde mit den Vorschlägen des Völkerverbundes weniger einverstanden sein, als die ober-schlesische Bevölkerung selbst und zwar weder der deutsche noch der polnische Teil der Bevölkerung. Es würde daher, wenn die Entscheidung angenommen werden sollte, nur recht und billig sein, wenn zugleich eine neue Abstimmung vorgeschlagen würde, durch die die Bevölkerung Oberschlesiens die Möglichkeit erhielte, zu wählen zwischen der Teilung, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, zweitens einem angetragenen deutschen Oberschlesien, drittens einem ungeteilten polnischen Oberschlesien und viertens einem unabhängigen Oberschlesien unter Leitung des Völkerverbundes.  
Selber kann man schwerlich hoffen, daß die Entente, froh aus der polnischen Zwischstufe schlecht und recht heraus zu sein, sich dazu verstehen wird, das ober-schlesische Problem aufzurollen. Man versteht die Augen davor, daß eine solche Unterlassungshandlung sich früher oder später an allen rächen muß.  
Auch die Polen sind unzufrieden.  
Die polnische Sektion der Oberschlesier hat aus Oppeln ein Telegramm an den Völkerverbund geschickt, in dem sie schärfsten Einspruch gegen eine Teilung der ober-schlesischen Heimat erhebt. Sie erblickt in der Teilung eine durchaus unzulässige und dem Willen des ober-schlesischen Volkes in keiner Weise entsprechende Regelung der ober-schlesischen Frage. Auch die polnischen Oberschlesier verlangen darum nochmals, daß sie vor der Entscheidung gehört werden.

### Panik in Oberschlesien.

Wie die Interalliierte Kommission mitteilt, setzte in den letzten Tagen nach den Orten Beuthen und Hindenburg ein harter Flüchtlingsstrom ein. Nach einer bisher noch unbekanntlichen Meldung hat bereits eine Besetzung der den Polen zugesprochenen Gebiete durch polnische Truppen stattgefunden. Dagegen ist an gutunterrichteter Seite bekannt, daß England die Genfer Entschlüsse des Völkerverbundes annimmt und daß dadurch also das Schicksal Oberschlesiens unabänderlich ist. Aus dem Kreise Tarnowitz wird das Anrücken polnischer Kavallerie gemeldet.

### Herabsetzung des Mannschaftsbestandes bei der Schupo.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wurde der Mannschaftsbestand der Schupo bei den Hundertschaften von 121 auf 104 herabgesetzt. Die Ursache der Reduktion ist die Note der Entente, in der darauf hingewiesen worden war, daß in der Zahl der Volkstruppen entgegen den ursprünglichen Vereinbarungen die Zahl der Kriminalbeamten nicht unbegriffen sei.

### Der Attentäter von Lüdenscheid verhaftet.

Wie der „Vorwärts“ meldet, sind die Täter, die das Attentat auf Stresemann nach seiner Rede auf dem Lüdenscheid volksparteilichen Parteitag verübt haben, verhaftet worden. Es sind im ganzen fünf Personen und sämtlich eingeschriebene Mitglieder der K. P. D. Die Hauptperson, von der auch die Schüsse abgegeben worden sind, ist ein gewisser August Schmidt.

### Ein Zwischenfall in der Erzbergeraffäre.

In der Hauptuntersuchung der Mordaffäre Erzbergers ist ein neuer Zwischenfall eingetreten. Drei Berliner Polizeibeamte, die angeblich die handschriftlichen Aufzeichnungen der geschnittenen Täter über ihre Namen und ihre Wohnungen gefunden hatten, sind vom Dienst suspendiert und gegen sie ein Verfahren wegen Betruges eingeleitet worden. Das Ermittlungsverfahren wird von der Staatsanwaltschaft Offenburg geführt.

### Birkenwerder.

\* Mit dem heutigen Tage haben wir unsere Redaktion neu besetzt, und zwar übernimmt Herr Richard Böffert die Schriftleitung; an der Tendenz unserer Blätter ändern wir durch die Neubesetzung nichts. — Für die Gemeinde hohen Neuendorf haben wir die dortige Redaktion mit Herrn Bruno Schulz besetzt, der auch dortselbst, Viktoriastraße 39, anläßlich ist.  
\* Und niemand hat's gesehen. — In unserm so überschriebenen Artikel in Nr. 121 geben wir hiermit die ausdrückliche Erklärung ab, daß uns eine persönliche Stellungnahme irgendwelcher Art gegen den Bauherrn ferngehalten hat. Der Artikel begrüßt vielmehr ausdrücklich die Tatsache, daß überhaupt gebaut worden ist, und enthält sich jeder Kritik über das rein Technische der Bauausführung. Erörtert werden — und das ist sein ausschließlicher Zweck — lediglich Fragen der Ästhetik. Der „Briefetal-Bote“ folgt darin seinem alten Grundsatze, stets dem Gedanken des Heimatpatrias und allem, was damit zusammenhängt, im Interesse des Dinges zu dienen. Nichts weiter! Im übrigen bildet ja auch das jetzt entstehende Bauwerk erst die Hälfte des projektierten Doppelhauses. Hoffentlich ist die Aufgabung der anderen Hälfte recht bald möglich, damit das Doppelhaus dann zu seiner richtigen Wirkung kommen kann.  
\* Wohltätigkeits-Komité für die Hinterbliebenen der Oppauer Katastrophe. Wie allenfalls in Deutschen Reich, so ist man auch bei uns daran, öffentlich für die Bedauernswerten von Oppau zu wirken. Nach allem, was man hört, verspricht der Abend recht erfolgreich zu werden. Ihre Mitwirkung haben die Gesangsvereine „Liederkranz“, „Harmonie“, „Vereine“ sowie die Kapelle der Freiwilligen Feuerwehr zugesagt. Es wechseln Gesang und Konzert ab. Auch für tieferen Musik ist gesorgt; u. a. in der Symphonie-Ouverture die Motive mit Herrn Richard Auch, Piano Herr Adolf Haffory und Cello mit Herrn Otto Knaats besetzt. Auch der hier rühmlichst bekannte Herr Welge wird mit Regitationen aufwarten. In anbetragt der guten Sache ist der Besuch zu empfehlen.  
\* Ein Delegiertentag des Sauerländischen Sängerverbundes wurde am Sonntagabend zu Berlin abgehalten. Die reichhaltige Tagesordnung beschäftigte die Versammelten bis abends 7 Uhr. Um 2 1/2 Uhr eröffnete der Kantor Gercke-Belten die Tagung und ließ die Erschienenen herzlich willkommen. Der Bundeswahlspruch: „Fest und klar, treu und wahr“ und das Bundeslied: „Brüder reißt die Hand zum Bunde“ erklangen, und dann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der Gesamtvorstand wurde durch Jurnus wiedergewählt. Der Kassendirektor ergab ein recht erfreuliches Bild der Finanzen; eine wesentliche Zunahme an Mitgliedern ist bei allen 10 Vereinen („Harmonie“ und „Concordia“ und Rheinberg sind neu hinzugeworben) zu verzeichnen. Das letzte Bundesfest in Neuruppin wurde lebhaft besprochen und beschlossen, das nächste Bundesfest in Dranenburg zu feiern und zwar am ersten Sonntag der Sommerferien. Eine eingehende, sehr interessante Kritik der Gesangsleistungen durch den Bundeschorleiter, Herrn Kantor Hüb. Dranenburg, beschäftigte sich auch mit den Möglichkeiten, die chorischen Leistungen und damit die Lust am Üben zu steigern. Weiterhin wurden für das geplante nächstjährige Bundesfest acht Chorlieder gewählt, die namentlich das leicht singbare Volkslied und das volkstümliche Lied berücksichtigen, also auch den an Zahl kleineren Vereinen ein weites Feld zur Betätigung einräumen.  
\* Es gibt keine bürgerlichen Berliner Zeitungen. In Berlin hat die gesamte bürgerliche Presse ihr Erscheinen eingestellt. Der Grund lag in einer Differenz, die am Sonntagabend beim Mosse-Verlag ausbrach. Da die Große Berliner Zeitungsvorleger eine Vereinbarung getroffen haben, erklärten sich sämtliche bürgerliche Berliner Zeitungen mit dem Mosse-Verlag solidarisch.  
\* Endlich! Wie wir der Tagespresse entnehmen, ist anfangs dieses Monats dem Staatsrat ein Gesetzentwurf über die Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Schaffung von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit“ zugegangen. Endlich ist damit eine bislang arg vernachlässigte, aber für die Gesundheit des Volkes außerordentlich wichtige Materie in den Bereich der gesetzgebenden Körperschaften gerückt. Es ist dringend notwendig, das Gesetz sobald als möglich zur Tat zu machen, damit endlich der in der letzten Jahren betriebenen Waldvernichtung ein Halt geboten wird. Gerade in der Umgebung Berlins ist ihr Umfang ein ungeheuerlicher. Unwiederbringliche Werte hat der Raubbau vernichtet. Man überlege nur einmal, wie weit der luftige Großklotter heute fahren muß — noch dazu in der Richtung der Eisenbahnlinien — bis er in richtigen, frischen und unversäulichten Wald gelangen kann. Wie groß sein Verlangen danach ist und wie sehr es sich in den Nachkriegsjahren gesteigert hat, dafür sind haben beste Beweise die Verkehrsahlen unseres Bahnhofs. Ein altes Strebtobjekt ist auch die Frage der Freihaltung der Ufer. Auch hier würde das Gesetz noch gerade in unserer Stunde einzuwirken. Denn auch in dieser Hinsicht ist Unzulässiges gefündigt worden. Man denke nur an den Wannsee, die Spree bei Grünau und an die vielen anderen Plätze, wo kilometerlange Einzigungen den Zutritt und sogar den Ausblick auf das freie Wasser verhindern. Es sind das hohe Unterlassungen und Kurzgriffigkeiten der beruflichen Stellen gewesen. Hierzu bildet die Vorarbeit, die unsere Gemeinde dem Gesetz bereits geleistet hat, einen rühmlichen Gegenpart. Wo es nur irgend möglich war, hat sie durch ihre Fischzuchtplanne die in der Bemerkung liegenden Gewässer zugänglich erhalten und ist sie dauernd bemüht, daß System der Ufersteile zu erweitern, z. B. je im Gebiet der Siedlung. Ueberhaupt ist das ganze Gebiet des Briefetals durch ein besonderes Danksgefühl gegen Verhinderung durch Unzulässigkeiten gekennzeichnet. Das gleiche Danksgefühl schickt auch den in der Gemeinde noch vorhandenen Waldbestand gegen radikale Abholzung. Immerhin wäre es aber nur zu begrüßen, wenn die Verfechter der Gemeindefürsorge durch Staatsgesetz noch besonders unterstützen und sie noch durchgreifendere Maßnahmen ermöglicht werden.  
\* Angebote an . . . Auskunft erteilt . . . Fast täglich erscheinen Anzeigen, in denen es um Auskünfte heißt entweder: „Angebote unter . . . an die Ann.-Expedit. usw.“ oder „an die Geschäftsstelle erbeten“, oder auch: „Auskunft erteilt die Ann.-Expedit. usw.“, oder „Die Geschäftsstelle“. Von manchen Lesern wird, namentlich in letzter Zeit, zwischen diesen beiden Arten kein Unterschied gemacht. Während von unserer Ann.-Expeditoren über unsere Geschäftsstelle in den Fällen wo es heißt: „Auskunft erteilt“ oder „zu erfragen“ selbstredend bereitwillig den Auftragnehmen die Adresse des Aufgebers der Anzeige mitgeteilt wird, kann dies natürlich in den Fällen wo es heißt: „Angebote an die Geschäftsstelle“, nicht geschehen, denn der Auftraggeber will eben nicht genannt sein, sondern unter den eingehenden Angeboten seine Auswahl treffen. Trotzdem wird immer wieder von Lesern, die sich auf eine derartige Anzeige melden möchten, von der Geschäftsstelle verlangt, daß sie ihnen den Vorkenner der Anzeige erenne, und oft genug sehen sie es als ein unfreundliches Verhalten an, wenn dies verweigert wird. Weder noch als viele andere Geschäfte ist aber gerade das Zeitungsgewerbe gezwungen, Verhältnissen da zu über, wo sie von den Auftraggebern von Anzeigen, von Einsendern oder anderen Stellen verlangt wird. Wer sich auf eine derartige Anzeige melden will, hat seinen Namen, seine Wohnung und die etwa sonst noch gewünschten Angaben aufzuschreiben und in einem Umschlag zu packen, der mit der in der Anzeige angegebenen Adresse und Nummer versehen ist, und dann der Geschäftsstelle oder unserer Ann.-Expeditoren zu übermitteln. Daher





